

Auszug aus der Niederschrift über die Sondersitzung der Bürgerschaft am 17.06.2021

Zu TOP: 7.1

Konsequenzen für Kita-Planungen

Einreicherin: Anett Kindler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI

Vorlage: kAF 0064/2021

Anfrage:

1. Welche Konsequenzen zieht die Stadtverwaltung aus den aktuellen Ergebnissen zu den Bedarfen an Kita-Plätzen in der Hansestadt mit Blick auf die Pläne zu weiteren Kita-Neubauten?

Frau Dr. Gelinek antwortet wie folgt:

Mit dem Kita-Portal ist es der Hansestadt Stralsund möglich, den IST-Zustand der belegten Plätze in den Einrichtungen einzusehen sowie die Anzahl der aktuell auf der Warteliste für einen Betreuungsplatz erfassten Kinder.

In den der Bürgerschaft zuletzt vorgestellten Zahlen sind keine Überhänge einkalkuliert, vielmehr wurde mitgeteilt, dass mit dem Neubau der Kita „Küstenkinder“ vom IB und der Entstehung des Kinder- und Jugendcampus auch weitere zukünftige Bedarfe in der Hansestadt gedeckt werden können.

Die Bedarfsermittlung und Kita-Planung ist Teil der Jugendhilfeplanung, hierfür ist das örtlich zuständige Jugendamt des Landkreises Vorpommern-Rügen als öffentlicher Träger der Jugendhilfe verantwortlich. Dieser hat nun für die Überarbeitung der Jugendhilfeplanung AGs gegründet, leider ohne den Themenbereich Kindertagesbetreuung.

Die Entscheidung über die Schaffung neuer Betreuungsplätze liegt in der Verantwortung des jeweiligen Kita-Trägers, der diese unter Berücksichtigung insbesondere auch der Gesamtsituation und Konkurrenz in Stralsund trifft. Hierbei spielen neben Belegungszahlen vor allem Art und Qualität der bisher vorhandenen Plätze eine wichtige Rolle, also der Betreuungsschlüssel, das pädagogische Konzept einer Einrichtung, die Ausbildung der Mitarbeitenden usw.. Pläne zu Kita-Vorhaben werden der Hansestadt Stralsund dann vorgestellt, wenn ein freier Träger dies mit der Hansestadt Stralsund als Wohnsitzgemeinde besprechen oder beraten möchte.

Frau Kindler dankt für die Beantwortung. Langfristig wird aus ihrer Sicht ein großer Überhang möglich sein. Diesbezüglich erfragt Frau Kindler die Steuerungsmöglichkeiten und ob die Hansestadt Stralsund auf den Landkreis zugeht.

Frau Dr. Gelinek sieht wenig Möglichkeiten der Steuerung. Gleichwohl ist es gelungen, mit dem Kita-Portal ein Steuerungselement zur Darstellung des IST-Zustandes zu etablieren. Gegenüber dem Landkreis hat die Hansestadt Stralsund die Einrichtung einer AG Kindertagesbetreuung angeregt und bemängelt, dass diese noch nicht geschaffen wurde.

Herr Dr.-Ing. Badrow ergänzt, dass die Hansestadt Stralsund trotz Unzuständigkeit Aufgaben wahrnimmt. Er würde es begrüßen, wenn die Kreistagsmitglieder Leistungen in der Zuständigkeit des Landkreises auch einfordern.

Der Präsident lässt über die beantragte Aussprache abstimmen:

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen
2021-VII-05-0535

Frau Kindler bestätigt, dass dies im Kreistag debattiert werden muss. Zusammen mit Frau Ehlert hat sie die Thematik im Interesse der Hansestadt Stralsund im Jugendhilfeausschuss des Kreistages angesprochen. Gleichwohl bleibt sie bei der Auffassung, dass eine Steuerung erfolgen müsse.

Herr Dr. Zabel weist darauf hin, dass die Steuerung über den Landkreis erfolgen muss. Er regt eine Initiative der Bürgerschaft an, ebenfalls die Tagesmütter im Kita-Portal zu erfassen, um Planungssicherheit zu erhalten.

Frau Kindler berichtet, dass auch Tagesmütter im Portal erfasst sind, aber nicht alle Kitas. Gleichzeitig informiert sie, dass einige Einrichtungen überlegen, Abstand vom Kita-Portal zu nehmen. Dahingehend regt Frau Kindler an, die Zufriedenheit der Träger der Einrichtungen mit dem Portal zu evaluieren.

Herr Dr. Zabel meint, dass sich das Portal bewährt hat. Dennoch sollte die Bürgerschaft bestrebt sein, dass alle Träger und Tagesmütter im Kita-Portal vertreten sind. Gegebenenfalls hat die Verwaltung diesbezüglich zum Dialog einzuladen. Nach seiner Auffassung ist nur so eine konkrete Planung und Steuerung möglich.

Frau Dr. Gelinek führt aus, dass zur Berichterstattung in der letzten Bürgerschaftssitzung alle Träger mit Betriebserlaubnis und 65% der Tagespflegepersonen in dem Portal angemeldet waren. Durch das Fachamt wurden die Akteure in der Anwendung des Portals geschult. Mit abnehmendem Infektionsgeschehen ist beabsichtigt, diese weiter aufzunehmen und auszubauen. Frau Dr. Gelinek begrüßt das Engagement der Bürgerschaft und offeriert jegliche Unterstützung.

Der Präsident stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 30.06.2021